



Niederschrift

54. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 27.11.2008
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	20:25 Uhr
Ort, Raum:	URANIA Schulhaus GmbH

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	anwesend bis 18:00 Uhr (TOP 4)
Herr Wartenberg, Claus	SPD	anwesend ab 17:40 Uhr (TOP 4)
Herr Voehse, Gregor	Die Andere	
Frau Basekow, Angela		
Frau Eiserbeck, Edeltraud	CDU	
Herr Dr. Henrich, Lutz		anwesend bis 19:45 Uhr (TOP 8.1)
Herr Lehmann, Carsten		anwesend bis 19:00 Uhr (TOP 5)
Herr Liebe, Thomas		
Herr Menzel, Andreas	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab 16:38 Uhr (TOP 1)
Frau Neels, Manuela		anwesend ab 16:35 Uhr (TOP 1)
Frau Parthum, Ute		anwesend ab 16:35 Uhr (TOP 1)
Frau Müller, Elona	Beigeordnete	
Frau Scheuerer, Sabina		

Nicht anwesend sind:

Frau Knoblich, Hannelore	SPD	entschuldigt
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	entschuldigt
Herr Harder, Dirk		entschuldigt
Herr Wernick-Otto, Frank	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Schweers, Norbert		entschuldigt

Gäste:

Frau Dr. Maiwald	Jugendamt
Herr Simchen	Urania Schulhaus GmbH (zu TOP 4)
Herr Thomann	PAGA (zu TOP 4)
Herr Siegert	Kinderwelt Potsdam (zu TOP 5)
Frau Günther	Kinderwelt Potsdam (zu TOP 5)
Frau Fruth	Jugendamt (zu TOP 5)
Herr Richter	Kommunaler Immobilienservice (zu TOP 8.4)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 16.10.2008
- 2 Informationen des Jugendamtes

- 3 Bericht der Unterausschüsse und AG's nach § 78 SGB VIII
- 4 Jugendprojekte der PAGA:
Vorstellung der Arbeit der Jugendagentur der Urania Schulhaus GmbH
- 5 Vorstellung der Ergebnisse des Pilotprojektes "Kindertagespflege in Kooperation mit freien Trägern"
- 6 Verständigung zu den Ereignissen am
8.11. und 9.11.2008 zur Räumung der Skaterhalle und zum Umgang mit Jugend- und
Soziokultur
- 7 Wiedervorlagen
- 7.1 Kita-Bedarfsplanung
Vorlage: 08/SVV/0884
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 8 Anträge/Überweisungen
- 8.1 Sitzungskalender 2009
Vorlage: 08/SVV/0977
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 8.2 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung des Jugendamtes
Vorlage: 08/SVV/1027
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 8.3 Kostenloses Schulessen
Vorlage: 08/SVV/0923
Fraktion DIE LINKE
- 8.4 Verkauf des Areals der Skaterhalle am Palais Lichtenau
Vorlage: 08/SVV/0972
Fraktion DIE LINKE
- 8.5 Matrix zur Überprüfung der Anträge auf Anerkennung als Freier Träger der Jugendhilfe
nach § 75 SGB VIII
Vorlage: 08/SVV/1019
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 9 Rahmengeschäftsordnung der regionalen Arbeitsgemeinschaften
- 10 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 16.10.2008

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Müller.

Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Tagesordnung

Frau Dr. Müller informiert, dass die Drucksache 08/SVV/0972 (Verkauf des Areals der Skaterhalle am Palais Lichtenau) zum Tagesordnungspunkt 7.4 seitens der Verwaltung von Herrn Richter (KIS) vertreten werden soll. Da Herr Richter ab 17:00 Uhr im Finanzausschuss auch Drucksachen vertreten muss, schlägt sie vor, diesen Tagesordnungspunkt vorzuziehen.

Herr Voehse beantragt einen zusätzlichen Punkt : "Verständigung zu den Ereignissen am 8.11. und 9.11.2008 zur Räumung der Skaterhalle und zum Umgang mit Jugend- und Soziokultur"

Frau Dr. Müller schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt nach TOP 5 zu behandeln.

Abstimmung zur Aufnahme des zusätzlichen Tagesordnungspunktes:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 1

Der Tagesordnungspunkt wird nach TOP 5 aufgenommen.

Herr Liebe beantragt Rederecht für Herrn Siegert (Kinderwelt Potsdam) zum Tagesordnungspunkt 6.1.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Dem Rederecht wird zugestimmt.

Abstimmung zur geänderten Tagesordnung:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

Bestätigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 16.10.2008:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Projekt Lotsenservice

Frau Dr. Maiwald informiert, dass der Projektzeitraum für das Projekt Lotsenservice um ca. ein halbes Jahr verlängert werden muss, da es bei der Gewinnung von Schulen für die Durchführung des Projektes eine zeitliche Verzögerung gab und begründet dies kurz.

Frau Schulze fragt, ob es möglich ist, dass der Lotsenservice zum zweiten Schulhalbjahr greifen könnte.

Frau Dr. Maiwald erklärt, dass man derzeit davon ausgehe.

Frau Drohla weist darauf hin, dass die Arbeitsgruppe Jugendhilfe/Schule nicht mehr existiert.

Frau Dr. Maiwald stellt richtig, dass es sich um die Arbeitsgruppe Sozialarbeit an Schulen handelt.

Streetwork in Neu Fahrland

Frau E. Müller weist auf einen MAZ-Artikel vom 27.11.2008 zu „Frust in Neufahrland“ hin, in dem der Ortsvorsteher dem Jugendamt vorwirft, Absprachen hinsichtlich der Jugendbetreuung nicht einzuhalten und, wie vor über einem Jahr vereinbart, in Neu Fahrland keinen Streetworker einzusetzen.

Sie bedauert, dass der Ortsvorsteher nicht den Kontakt zur Verwaltung gesucht hat, um eine Lösung des Problems herbeizuführen. Von Seiten des Jugendamtes ist für die kommende Woche ein Gespräch mit den Streetworkern vorgesehen, wo dieses selbstverständlich thematisiert wird.

Herr Liebe ergänzt, dass ihn die Art des Presseartikels unangenehm berührt hat. Er habe im Kontakt mit Herrn Reiter erfahren, dass dieser selbst mit dem Artikel nicht einverstanden ist.

Herr Liebe betont, dass Herr Reiter auch zu ihm diesbezüglich keinen Kontakt aufgenommen hat. Er wird aber Kontakt zu Herrn Reiter aufnehmen.

Herr Menzel regt an, die Arbeit der Streetworker in den Ortsteilen grundsätzlich zu thematisieren.

Kinder- und Jugendbüro

Frau E. Müller informiert, dass für das Kinder- und Jugendbüro für das Jahr 2009 eine volle Personalstelle gesichert wird.

zu 3 Bericht der Unterausschüsse und AG´s nach § 78 SGB VIII

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Liebe informiert über die Sitzungen des Unterausschusses vom 20.11.2008. Folgende Themen wurden behandelt:

- Verfahren zur Kita-Anmeldung
- Boulderhalle
- Änderung der Satzung des Jugendamtes hinsichtlich der Sitzverteilung im JHA
- Verfahren zur Anerkennung von freien Trägern nach § 75 SGB VIII.

Regionalarbeitsgemeinschaft 2

Herr Lehman informiert, dass sich die Regionalarbeitsgemeinschaft 2 mit der kurz- und mittelfristigen Jugendhilfeplanung befasst hat.

Regionalarbeitsgemeinschaft 1

Herr Liebe berichtet dass die Regionalarbeitsgemeinschaft 1 in der letzten Sitzung die Kita-Bedarfsplanung thematisiert hat. Auch das Thema Tagespflege wurde aufgegriffen, auch aufgrund der brisanten Situation in der Region.

Des weiteren wurde die Rahmengeschäftsordnung beraten und beschlossen. Eine Stimme für einen noch zu benennenden Vertreter der überregionalen Träger wurde noch freigehalten.

AKKJ

Die Stellungnahme des AKKJ zu Leistungs- und Qualifizierungsvereinbarung wird an alle Jugendhilfeausschussmitglieder schriftlich ausgereicht.

Frau E. Müller führt aus, dass für die Einführung der Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarung eine Beteiligung der Finanzverwaltung notwendig ist. Seitens der Finanzverwaltung ist die abschließende Prüfung aufgrund der Haushaltsvorbereitung für 2009 noch nicht erfolgt.

Herr Liebe erklärt, dass der AKKJ sich die Unterstützung im Jugendförderbereich erhofft. Der AKKJ bittet die Ausschussmitglieder, die Fraktionen dahingehend zu sensibilisieren, dass dieses durchgesetzt werden kann.

Frau Dr. Müller wird sich stellvertretend für den JHA an Herrn Exner wenden.

zu 4 Jugendprojekte der PAGA: Vorstellung der Arbeit der Jugendagentur der Urania Schulhaus GmbH

Herr Thomann gibt eine kurze Einleitung sowie Erläuterungen zum Ablauf des Tagesordnungspunktes.

Herr Simchen erklärt, dass die Urania Schulhaus GmbH auf drei Säulen aufgebaut ist.

Er gibt einen Überblick über die Jugendprojekte:

- Jugendagentur von A bis Z,
- MAE mit begleitendem Schulabschluss und
- MAE mit Swing

und erläutert diese.

Herr Thomann gibt einen Überblick über die Zahl der Arbeitslosen aufgeschlüsselt nach Personenmerkmalen. Er macht dabei deutlich, dass von Seiten der PAGA auf die Jugendarbeitslosigkeit besonderes Augenmerk gelegt wird. Hier erfolgt eine überproportionale Berücksichtigung.

Anschließend stellt er dar, wie viele Jugendliche an den jeweiligen Maßnahmen teilnehmen und mit welchem Ergebnis.

Herr Voehse spricht sich lobend über die Arbeit der Urania Schulhaus GmbH aus. Er informiert über einen Einzelfall einer jungen Frau, die an der COBI-Maßnahme teilgenommen hat und macht auf die dabei aufgetretenen Probleme aufmerksam.

Frau Dr. Müller bittet, in der Ausschusssitzung nicht Einzelfälle zu besprechen, sondern allgemeine Fragen zu stellen.

Herr Thomann erklärt, dass bei dem von Herrn Voehse angesprochenen Einzelfall zwischenzeitlich eine Klärung erfolgt ist.

Frau Basekow fragt, ob die Jugendlichen in den Maßnahmen in jedem Fall Harz IV-Empfänger sind.

Herr Simchen erklärt, dass die Teilnehmer der Maßnahmen eine Mehraufwandsentschädigungsfinanzierung erhalten.

Frau Basekow fragt, ob es keine andere Möglichkeit der Ausbildungsvergütung gibt.

Herr Simchen erklärt, dass MAE-Finanzierung eine geeignete Form ist, wenn man sie richtig anwendet.

Frau Basekow fragt, warum die Nichtschülerprüfung nicht wiederholt werden darf, wenn ein Jugendlicher durchgefallen ist.

Herr Simchen erklärt, dass die Jugendlichen, die die 9 Monate der Maßnahme durchgehalten haben, auch für andere Maßnahme geeignet sind, auch wenn sie die Nichtschülerprüfung nicht bestanden haben.

Herr Liebe spricht Herrn Simchen und den Mitarbeitern seinen Dank für die geleistete Arbeit aus.

Herr Dr. Henrich bittet, die erzielten Erfolge zu relativieren. Man sollte insgesamt mit der Situation, dass es 3,6 % Arbeitslose unter 25 Jahren gibt, nicht zufrieden sein.

Herr Thomann stimmt dem zu, dass es nach wie vor zu viele arbeitslose Jugendliche gibt. An den Zahlen zu Beginn der Arbeit der PAGA gemessen, ist dies aber ein großer Erfolg.

Frau Dr. Müller fragt, welche Chancen bestehen, aus der Arbeit der PAGA heraus auf derartige Phänomene hinzuweisen.

Herr Thomann erklärt, dass im Rahmen des Potsdamer Systems auch eine Vernetzung mit Schule besteht.

Bei besserer Verknüpfung der in der Stadt bestehenden Angebote könnten seiner Ansicht nach noch größere Erfolge erzielt werden.

zu 5 Vorstellung der Ergebnisse des Pilotprojektes "Kindertagespflege in Kooperation mit freien Trägern"

Frau Dr. Maiwald gibt eine kurze Einleitung.

Herr Liebe erörtert die Ausgangslage und macht dabei deutlich, dass aufgrund der geänderten Gesetzeslage die Eltern nicht mehr 24 Monate in der Elternzeit bleiben, sondern nur noch 12 Monate.

Herr Siegert erklärt, dass ca. zwei Drittel der Tagesmütter ehemalige Erzieherinnen sind.

Frau Günther und Herr Siegert erläutern anhand einer Powerpoint-Präsentation die derzeitige Situation sowie die Planung für das kommende Jahr. Sie heben hervor, dass die Qualitätsentwicklung analog wie bei Kindertagesstätten hier sehr wichtig ist. Auch die öffentliche Ausprägung eines Berufsbildes der Tagespflege wird angestrebt.

Herr Liebe macht deutlich, dass Tagespflege nicht in Konkurrenz zu Kindertagesstätten steht, sondern sich beide Betreuungsformen ergänzen sollen.

Frau Dr. Maiwald ergänzt, dass sich auch der Übergang von Tagespflege zu Kita hervorragend funktioniert. Sie macht deutlich, dass das Modell ein großer Erfolg ist und weiter aufgebaut werden sollte.

Frau Basekow bittet um nähere Informationen zum Stiftungsfonds für die soziale Absicherung der Tagesmütter und fragt, wie dieser kommuniziert wird. Des Weiteren fragt sie, ob das Berufsbild Tagesmutter in Gänze geklärt werden soll.

Herr Siegert erklärt, dass an der Berufsbildung mitgearbeitet wird. Der Stiftungsfonds beinhaltet bisher 500 Euro und für absolute Notfälle. Hier ist man bestrebt, den Fonds aufzufüllen und zu bewirtschaften.

Herr Menzel fragt, wie viele Tagespflegestellen es insgesamt in Potsdam gibt und ob diese in der integrierten Kita-, Hort- und Schulentwicklungsplanung enthalten sind.

Frau Fruth informiert dass insgesamt 241 Kinder bei 54 Tagespflegepersonen betreut werden. Sie weist auch darauf hin, dass es hinsichtlich der Ausstattung seit 2000 eine enorme positive Entwicklung gibt.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass möglicherweise die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufgrund der Diskussionen und der bereits fortgeschrittenen Zeit nicht abuarbeiten ist. Sie schlägt vor, die Dritte Satzung zur Änderung der Satzung des Jugendamtes (DS 08/SVV/1027) aufzurufen, danach den Sitzungskalender (DS 08/SVV/0977) zu beraten und danach in der Reihenfolge der Tagesordnung fortzufahren.

Herr Voehse spricht sich gegen diesen Vorschlag aus. Der Jugendhilfeausschuss sollte sich mit der aktuellen Situation der Jugend- und Soziokultur befassen.

Frau Dr. Müller schlägt darauf hin vor, „erst den neuen Tagesordnungspunkt „Verständigung zu den Ereignissen am 08.11. / 09.11.2008 zur Räumung der Skaterhalle und zum Umgang mit Jugend- und Soziokultur“ aufzurufen und anschließend die Satzung und den Sitzungskalender zu behandeln.

Dem so geänderten Verfahren wird zugestimmt.

zu 6 **Verständigung zu den Ereignissen am 08.11. / 09.11.2008 zur Räumung der Skaterhalle und zum Umgang mit Jugend- und Soziokultur**

Herr Voehse verweist auf die Signale seitens der Verwaltung zu den Ereignissen am 08.11. / 09.11.2008 zur Räumung der Skaterhalle und auf den Umgang mit Jugend- und Soziokultur. Diese Signale sind aus seiner Sicht zweideutig und könnten missverstanden werden. Er bittet die Verwaltung, hier eindeutige Signale an die Jugendlichen zu senden.

Frau E. Müller fragt Herrn Voehse, was er als Multiplikator dafür tut, um die Eskalation der Situation zu verhindern.

Sie macht deutlich, dass weder Lindenpark noch Waschhaus geschlossen waren. Auch das Archiv konnte weiter arbeiten. Hier hat man gemeinsam nach einer Lösung gesucht.

Sie erinnert daran, dass die Kündigung des Mietvertrages des Spartacus nicht durch die Stadt erfolgt ist, sondern der finanziellen Schieflage des Lindenpark e.V. geschuldet ist.

Es sollte auch wahrgenommen werden, dass in den vergangenen Jahren trotz rückgängiger Zahlen der Jugendlichen alle Jugendklubs erhalten wurden.

Sie macht auch deutlich, dass von Seiten der Jugendlichen Angebote der Stadt für Ersatzlösungen abgelehnt wurden.

Frau Basekow spricht sich auch dafür aus, eindeutige Signale zu senden. Sie weist auch darauf hin, dass die Situation möglicherweise vor einer Eskalation steht.

Es muss gesehen werden, welches Angebot den Jugendlichen gemacht werden kann, damit sie sich ernst genommen fühlen.

Herr Voehse bezweifelt keinesfalls das Engagement der Stadt für die Jugendlichen. Es macht aber deutlich, dass aus seiner Sicht in anderen Situationen oft falsche Signale aus der Verwaltung gesendet werden.

Frau Dr. Müller fragt Herrn Voehse, welches Signal durch den Jugendhilfeausschuss nun gesetzt werden soll.

Herr Liebe hält es für erforderlich, dass sich beide Seiten den „Spiegel“ vorhalten und überlegen, was sie erreichen wollen. Seiner Wahrnehmung nach hat man sich gegenseitig nicht ernst genommen.

Der Jugendhilfeausschuss kann nur alle Beteiligten auffordern gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Die Vermittler, die zur Szene Kontakt haben, sollten aufgefordert werden, hier zu agieren.

Herr Voehse spricht sich dagegen aus. Der Jugendhilfeausschuss sollte die Verwaltung auffordern, die Anzeige des Oberbürgermeisters wegen Hausfriedensbruch zu diskutieren und dieser sollte diesbezüglich „in sich gehen“.

Frau Dr. Müller bittet um Klärung der Frage, was heute erreicht werden soll, an wen ein Signal gegeben werden soll.

Sie hat festgestellt, dass der „Nazivergleich“ durch den Oberbürgermeisters die Jugendlichen sehr gekränkt hat und die Anzeige derzeit vieles blockiert.

Frau E. Müller merkt an, dass die Situation in Potsdam sehr viel komplexer ist. Durch ein Nachgeben seitens der Stadt würde zwar für eine gewisse Zeit Ruhe entstehen, aber nicht das grundsätzliche Problem gelöst werden.

Sie macht deutlich, dass die Verwaltung im Augenblick überlegt, wie man den unterschiedlichsten Richtungen entsprechen kann. Da die Jugend sehr viel breiter organisiert ist, muss ein Handlungsmuster für die gesamte Stadt entwickelt werden.

Sie spricht sich dafür aus, dass nicht nur die Verwaltung die Jugendlichen ernst nimmt, sondern auch die Jugendlichen die Verwaltung ernst nehmen sollten.

Frau Drohla bittet darum, dass der Oberbürgermeister die Anzeige zurücknehmen und zu einem Gespräch an seinen Tisch einladen sollte. Sie betont, dass hier ein neuer Anfang gefunden werden muss.

Frau Parthum erinnert an den Antrag zur Soziologischen Jugendbefragung, der im Jugendhilfeausschuss diskutiert wurde und ein positives Votum erhalten hat. In diesem Zusammenhang könnte dies auch mit aufgegriffen werden.

Herr Menzel findet, dass dieser Konflikt von allen Akteuren in der Stadt gemeinsam gelöst werden muss. Er schlägt vor, hierfür Mediatoren einzusetzen.

Frau Basekow spricht sich dafür aus zu signalisieren, dass der Jugendhilfeausschuss das bestehende Problem aufgegriffen und sich damit befasst hat, aber noch keine Lösung finden konnte.

Herr Liebe sieht eine Möglichkeit über die Presse ein Signal zu geben.

Frau Dr. Müller hält dies für den falschen Weg, da dieses aus ihrer Erfahrung keinen Erfolg bringt.

Frau E. Müller informiert, dass es bereits Gespräche gibt, um diesen Konflikt zu lösen. Die Verwaltung ist derzeit mit Fachleuten im Gespräch, um einen Weg zu finden, wie dieses Problem angegangen werden kann.

Sie bietet an, dem Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 18.12.2008 einen entsprechenden Vorschlag vorzustellen.

zu 7 Wiedervorlagen

**zu 7.1 Kita-Bedarfsplanung
Vorlage: 08/SVV/0884**

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 8 Anträge/Überweisungen

**zu 8.1 Sitzungskalender 2009
Vorlage: 08/SVV/0977**

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass laut Sitzungskalender die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses vor der Sommerpause am 02.07.2008 stattfindet, die erste Sitzung nach der Sommerpause dann erst am 24.09.2008. Sie schlägt vor, eine zusätzliche Sitzung am 03. September 2009 aufzunehmen.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Sitzungskalender 2009 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse.

+ Aufnahme eines weiteren Sitzungstermin für den Jugendhilfeausschuss am 03.09.2009.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Dem geänderten Sitzungskalender für den Jugendhilfeausschuss wird zugestimmt.

zu 8.2 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung des Jugendamtes
Vorlage: 08/SVV/1027

Frau E. Müller bringt die Drucksache ein und erläutert diese. Sie weist darauf hin, dass gemäß einer Stellungnahme des Servicebereiches Recht die Änderungen im ersten Entwurf des Jugendamtes nicht in die Regelungskompetenz der Stadtverordnetenversammlung fällt und einen Eingriff in die durch gesetzliche Grundlagen gedeckten Rechte der Träger der freien Jugendhilfe darstellen würde.

Frau Basekow spricht sich dafür aus, eine andere Rechtsauskunft einzuholen, als die des Rechtsamtes.

Frau Dr. Müller macht darauf aufmerksam, dass die Wahl des neuen Jugendhilfeausschusses erst nach Beschluss der Satzung erfolgen kann. Dies bedeutet, dass im Januar 2009 keine Wahl erfolgt, wenn die Satzung nicht im Dezember 2008 durch die StVV beschlossen wird.

Herr Liebe macht deutlich, dass die Stadtverordnetenversammlung auf die Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses sehr wohl Einfluss nimmt, da mindestens die doppelte Anzahl der zu wählenden Mitglieder und deren Stellvertreter zur Wahl vorzuschlagen werden muss. Die Auswahl erfolgt durch die Stadtverordneten.

Herr Voehse verweist auf § 4 Abs. 4 der Satzung, wonach ein Jugendlicher, der mindestens das 14 Lebensjahr vollendet hat, durch das Kinder- und Jugendbüro in den Jugendhilfeausschuss entsandt werden soll. Er äußert seine Bedenken, dass ein 14- bis 16jähriger hier Entscheidungen treffen soll.

Frau E. Müller weist darauf hin, dass dies so im SGB VIII verankert ist. In der vorliegenden Satzung werden genau diese Anforderungen erfüllt.

Frau Basekow kann nicht erkennen, warum der Jugendhilfeausschuss nicht den Rahmen für die Satzung des Jugendamtes bestimmen darf.

Herr Menzel fragt, bis wann die Änderungssatzung beschlossen sein sollte.

Frau E. Müller erklärt, dass der neue Jugendhilfeausschuss erst gewählt werden kann, wenn die Satzung beschlossen ist, da die Satzung des Jugendamtes die Grundlage für die Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses bildet.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass dann der jetzige Jugendhilfeausschuss bis mindestens März 2009 weiterarbeiten muss.

Herr Voehes stellt folgenden Antrag zur Geschäftsordnung:
Vertagung der Drucksache bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Dezember 2008.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 4

Die Drucksache wird vertagt.

zu 8.3 Kostenloses Schulessen
Vorlage: 08/SVV/0923

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 8.4 Verkauf des Areals der Skaterhalle am Palais Lichtenau
Vorlage: 08/SVV/0972

Frau Dr. Müller bringt den Antrag ein und begründet diesen kurz.

Herr Richter erklärt, dass es sich hier um zwei Grundstücksverkäufe handelt. Ein Teil gehört der Landeshauptstadt Potsdam, ein anderen Teil zum Vermögen des Kommunalen Immobilienservice (KIS). Beide Grundstücksflächen wurden an einen Bewerber veräußert. Die Verkaufserlöse des KIS sind entsprechend des beschlossenen Wirtschaftsplanes des KIS zur Deckung der Finanzierung der geplanten Brandschutz- und Sicherheitsmaßnahmen an Kitas und Schulen 2008 vorgesehen und stehen somit nicht mehr für andere Investitionen zur Verfügung. Die Verkaufserlöse der LHP sind entsprechend Haushaltsordnung zur allgemeinen Deckung des Finanzhaushaltes (Deckung des bestehenden Investitionsplanes) zu verwenden.

Frau Schulze fragt, an welchen Kitas und Schulen das Geld eingesetzt wurde.

Herr Richter macht deutlich, dass die Maßnahmenpakete Brandschutz aus Verkaufserlösen, Krediten und dem Investitionshaushalt finanziert werden. Konkrete Objekte, die aus diesen Mitteln instandgesetzt wurden, könne er so nicht benennen.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass nicht bekannt war, dass es sich hier um zwei Grundstücke handelt.

Sie schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und als Vorsitzende des Jugendhilfeausschuss eine Anfrage an Exner stellen, in welchem Rahmen man sich hier beuge.

Herr Richter weist darauf hin, dass bezüglich der geplanten und erzielten Verkaufserlöse eine Übersicht im Finanzausschuss gegeben wurde.

Frau Dr. Müller stellt die Drucksache zurück.

zu 8.5 Matrix zur Überprüfung der Anträge auf Anerkennung als Freier Träger der Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII
Vorlage: 08/SVV/1019

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 9 Rahmengeschäftsordnung der regionalen Arbeitsgemeinschaften

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 10 Sonstiges

Nächster Jugendhilfeausschuss: 18. Dezember 2008; 16:30 Uhr

**Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Schriftführerin**